

1 **Antrag des CDA-Landesvorstandes an die CDA-Gesamtmitgliederversammlung**
2 **am 18. 10. 2003 in Magdeburg**

3
4 (Stand: 08.08.2003)

5 **Erklärung**

6 **Der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Sachsen-Anhalt (CDA) zur**
7 **Landestagung am 18. 10. 2003 in Magdeburg**

8
9 **„Unseren Sozialstaat auf feste Fundamente stellen“**

10
11 **Die innere Einheit Deutschlands vollenden**

12
13 Vor wenigen Tagen fanden in Magdeburg die zentralen Feiern Deutschlands zum Tag der
14 Deutschen Einheit statt. Es ist ein beeindruckender Weg aus der sozialistischen Diktatur
15 heraus über die Montagsdemonstrationen hin zur Wiedervereinigung und dem Aufbau der
16 neuen Bundesländer zurückgelegt worden. Diese Erkenntnis und der Dank für vielfältige
17 Hilfe aus den alten Bundesländern müssen allen Forderungen nach weiterer Aufbauhilfe
18 vorangestellt sein. Denn auch nach 13 Jahren der deutschen Einheit ist uns die
19 wirtschaftliche Angleichung an die alten Bundesländer noch nicht gelungen. Die
20 Unterschiede zwischen den Ländern sind noch sehr groß. Wir benötigen die gesetzlich
21 vereinbarten Hilfen des Solidarpaktes II. Jede Diskussion über einen „Leistungsföderalismus“
22 in Deutschland oder über einen Abbau von Subventionen muss berücksichtigen, dass die
23 neuen Länder für den Zeitraum des Solidarpaktes II weiterhin verlässliche materielle
24 Transferleistungen auf dem vereinbarten Niveau dringend benötigen. Nur so wird es uns
25 gelingen, die eigenen Kräfte so zu entwickeln, dass Sachsen-Anhalt ein leistungsfähiges,
26 einmal sich selbst tragendes Bundesland im vereinigten Deutschland wird.

27
28 **Kein Umbau des Sozialstaats einseitig zu Lasten von Arbeitnehmern**

29
30 Der Patient Sozialstaat droht zu kollabieren. Es vergeht kein Tag, an dem nicht eine neue
31 Hiobsbotschaft dem deutschen Gesundheits-, Renten- und Arbeitmarktsystem den
32 Totenschein ausstellt. Unermüdlich doktert die rot-grüne Bundesregierung mit Konzepten
33 und in Kommissionen am Sozialsystem herum. Das Prinzip der Sozialstaatlichkeit
34 verpflichtet zur ausgewogenen und gerechten Sozialpolitik – einer größeren Gleichheit der
35 Lebenschancen bei Einkommen, Gesundheit, Bildung oder Wohnen. Der Sozialstaat muss
36 sich gerade dann bewähren, wenn wirtschaftliche Schwierigkeiten nicht nur die öffentlichen
37 Haushalte belasten, sondern ganze Bevölkerungsgruppen an den Rand des
38 gesellschaftlichen Lebens drängen. Zwischen all dem steht der Mensch in seinen vielfältigen
39 sozialen Beziehungen – als Arbeitnehmer, als Versicherter, als Patient, als
40 Leistungsbezieher, als Steuerzahler und Familienmensch.

41
42 Reformen sind notwendig und unumgänglich. Mehr Eigenverantwortung, mehr
43 Selbstbeteiligung und –vorsorge werden vom Bürger verlangt. Dieser Prozess ist nicht
44 einfach. Er ist geradezu schmerzlich. Gerade deswegen kommt es darauf an, den
45 Sozialstaat wirtschaftlich leistungsfähig, gerecht und fit für das 21. Jahrhundert zu gestalten.
46 Zentrale Kernfrage ist: Was darf dem Einzelnen zum Wohl der Allgemeinheit abverlangt
47 werden? Oder anders formuliert: Wie weit ist es zulässig, Lebensrisiken für den Einzelnen
48 ganz in den privaten Bereich zu drängen und einseitig dem Arbeitnehmer die Last des
49 Umbaus des Sozialstaats aufzubürden? Allen Gruppen der Bevölkerung werden
50 Veränderungen zugemutet werden müssen. Wer jedoch Opferbereitschaft und Verzicht nur
51 für die Arbeitnehmer fordert, lässt Augenmaß und Gefühl für soziale Gerechtigkeit
52 vermissen.

53
54 An die Stelle des Wohlfahrts- und Versorgungsstaats soll der aktivierende Sozialstaat treten,
55 der den Rahmen bereitstellt, in dem der Einzelne oder die Solidargemeinschaft ihrer eigenen
56 Verantwortung gerecht werden. Dem ist zu widersprechen, wenn die Aktivierung von

1 sozialen Ressourcen in der Gesellschaft als Privatisierung sozialer Lebensrisiken verstanden
2 und die Stärkung der Eigenverantwortung als willkommene Möglichkeit zur
3 Lastenverschiebung von oben nach unten gesehen wird. Daher sind Reformen, die
4 ausschließlich Sozialkürzungen vorsehen und einseitig den Arbeitnehmer belasten,
5 abzulehnen. Die CDA tritt für ein besseres und ausgewogenes Verhältnis zwischen sozialem
6 Schutz und Förderung der Eigenverantwortung ein. Der Einzelne soll kleinere,
7 überschaubare Risiken selbst tragen, große Risiken werden solidarisch abgesichert.
8 Langfristig können die staatlichen Systeme für ihre notwendigen Aufgaben nicht mehr Mittel
9 verbrauchen als im wirtschaftlichen Prozess erarbeitet und zur Verfügung gestellt werden
10 können.

11 **Den Arbeitsmarkt sozialer und effektiver gestalten**

12 Das größte Problem in Sachsen-Anhalt ist nach wie vor die hohe Arbeitslosigkeit. Mit dem
13 ersten und zweiten Investitionserleichterungsgesetz hat die christlich-liberale
14 Landesregierung erste erfolgreiche Schritte zur Förderung der Wirtschaft und Schaffung
15 neuer Arbeitsplätze eingeleitet. Wir benötigen einen starken Mittelstand. Das Steuersystem
16 wie auch der gesetzliche Ordnungsrahmen sind auf nationaler und auf EU-Ebene einfach,
17 gerecht und leistungsfördernd zu gestalten.
18
19

20
21 Existenzgründer sind Baumeister der Zukunft. Selbständigkeit ist daher zu fördern. Es sind
22 die Unternehmerinnen und Unternehmer, die dauerhafte und rentable Arbeitsplätze für die
23 Zukunft schaffen. Dazu sind mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen und veränderte
24 Anreizstrukturen sowie die Stärkung der Kräfte zur Eigen-Kapitalbildung und
25 Selbstfinanzierung notwendig. Überflüssige und hemmende Vorschriften müssen zugunsten
26 einer stärker die Eigenverantwortung fördernden Wirtschaftspolitik abgebaut werden. Auch
27 hier ist der Prozess, den die christlich-liberale Landesregierung eingeschlagen hat,
28 konsequent fortzuführen.
29

30 Die rot-grüne Bundesregierung vereinbarte im Herbst 2002 hehre Ziele in ihrem
31 Koalitionsvertrag: „Wir wollen Jugendlichen mit schlechteren Startchancen den Einstieg in
32 den Beruf erleichtern. ... Die Maßnahmen für Jugendliche mit schlechteren Startchancen,
33 junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung, gering Qualifizierte und
34 Menschen mit Behinderungen oder gesundheitlichen Einschränkungen werden bedarfs- und
35 zielgerecht weiterentwickelt. ... Unser Ziel ist: Kein junger Mensch darf nach der Schule in
36 die Arbeitslosigkeit entlassen werden.“ Auch der Anspruch der so genannten Hartz-
37 Kommission, ist hoch: Allen jungen Menschen unter 25 Jahren soll ein aktivierendes
38 Angebot zur Ausbildung und Beschäftigung gemacht werden. Doch die Realität des
39 Arbeitsmarkts zeichnet ein ernüchterndes Bild. 30 Prozent der zur Zeit 4,7 Millionen
40 Menschen ohne Arbeit sind langzeitarbeitslos und gelten als nur noch schwer vermittelbar.
41 Die Jugendarbeitslosigkeit hat mit 11,2 Prozent mittlerweile ähnliche Höhen erreicht wie die
42 allgemeine Arbeitslosenquote. Allein im vergangenen Jahr stieg die Zahl der jungen
43 Arbeitslosen bundesweit um 56 500 auf 581 000. Die Konzentration der rot-grünen
44 Bundesregierung in der neuen Gesetzgebung auf leicht vermittelbare Arbeitslose führt zu
45 einer verstärkten Ausgrenzung so genannter Problemgruppen und macht
46 Langzeitarbeitslose und gering Qualifizierte zu Hartz-Verlierern.
47

48 Erhalt und Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen ist nicht Aufgabe des Staates. Die
49 Wirtschaft ist hier an erster Stelle aufgefordert, ihren Beitrag für ein zukunftsfähiges und
50 soziales Sachsen-Anhalt zu leisten. Eine Ausbildungsplatzabgabe würde daher keine
51 Verbesserung in der Berufsausbildung bringen, sondern eher die Gefahr erhöhen, dass sich
52 Betriebe aus ihrer Ausbildungsverpflichtung „freikaufen“.
53

54 Zentrales arbeitsmarktpolitisches Ziel der CDA ist, die Arbeitskosten nachhaltig zu senken,
55 um die Betriebe wettbewerbsfähiger zu machen und die Abgabenlast auch der Arbeitnehmer
56 zu senken. Die von der rot-grünen Bundesregierung vorgesehene massive Kürzung der

1 Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf 18 Monate ist unverantwortlich. Dabei darf das
2 Arbeitslosengeld nicht unter der Sozialhilfeschwelle liegen. Die CDA fordert daher eine
3 bedarfsgerechte Grundsicherung für Arbeitnehmer, die vorübergehend von Arbeitslosigkeit
4 betroffen sind. Arbeitslosen- und Sozialhilfe müssen in Leistungsweise, Mitwirkung der
5 Empfänger, Betreuung und Trägerschaft neu strukturiert werden. Nicht das Ausharren in der
6 Arbeitslosigkeit, sondern der Wille, schnell wieder in Arbeit zu kommen, soll belohnt werden.
7 Daher ist es vernünftig, Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenzulegen. Angesichts der
8 besonderen Arbeitsmarktsituation des Ostens Deutschlands müssen jedoch für ältere
9 Arbeitslose Übergangsregelungen geschaffen werden. Es dürfen nicht diejenigen, die 40
10 Jahre Sozialismus erleiden mussten und danach meist unverschuldet vorschnell aus dem 1.
11 Arbeitsmarkt gedrängt wurden, per Gesetz in die Sozialhilfe abgeschoben werden.
12 Im Bereich der Arbeitsmarktförderung sind Weiterbildungs-, Qualifizierungs- und
13 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie tatsächlich der
14 Vermittlung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt dienen. Durch eine steuerliche
15 Absetzbarkeit von Dienstleistungen in privaten Haushalten sowie von
16 Handwerkerrechnungen soll Schwarzarbeit abgebaut und diese Arbeitsplätze in den legalen
17 Bereich zurückgeholt werden. Damit mehr Menschen sich in einem Handwerk selbständig
18 machen können, ist eine verantwortbare Öffnung der Handwerksordnungen zu überprüfen.
19 Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, wie es die rot-grüne Bundesregierung
20 plant, ist abzulehnen. In einer Zeit, in der Menschen mit Ende 40 kaum noch eine Chance
21 auf dem Arbeitsmarkt haben und mit Abfindungen vorzeitig aus den Unternehmen
22 herausgelöst werden, bringt eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters nicht anders als
23 eine Erhöhung der Abschläge bei Rentenbeginn mit Anfang 60. Um Bewegung in den
24 Arbeitsmarkt zu bringen, sollen beschäftigungshemmende Einstellungshürden beim
25 Kündigungsschutz abgeschafft werden. So soll der Kündigungsschutz nicht für
26 Neueinstellungen bei Unternehmen mit weniger als zehn ständig Beschäftigten gelten.

27

28 **Die Familie muss eine Zukunft haben**

29

30 Die CDA hat sich in ihrem Grundsatzprogramm zur Familie positioniert. Sie bekräftigt ihre
31 Position und ihre Forderung, die Familie ideell wie materiell zu fördern. Sie unterstützt alle
32 Bestrebungen, der Familie und dem Ja zum Kind in unserer Gesellschaft wieder höchste
33 Priorität zu verschaffen. Verhindern wir, ein kinderarmes Land zu werden.

34

35 Eine kinderunfreundliche Gesellschaft, familienfeindliche Arbeitswelt sowie Verlockungen
36 einer Spaß- und Freizeitgesellschaft haben zu einer anderen Lebenseinstellung und damit
37 auch zu einer niedrigeren Geburtenrate geführt. Immer mehr junge Menschen sehen
38 zwischen ihren Wünschen und Lebensentwürfen einerseits und der realen gesellschaftlichen
39 Entwicklung andererseits eine Diskrepanz. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen
40 entsprechen nicht den Wünschen der jungen Menschen für die Gründung einer Familie.
41 Hinzu kommt, dass immer mehr junge Menschen unser Land verlassen, da sie sich für die
42 Berufstätigkeit und nicht die Arbeitslosigkeit und ein Leben ohne echte berufliche
43 Perspektive entschieden haben.

44

45 Arbeit und Familie sind untrennbar miteinander verbunden. Familien sind wichtig für das
46 humane und soziale Kapital unseres Landes. Die Lage der Familien in Sachsen-Anhalt ist
47 angesichts einer Arbeitslosenrate von über 20 Prozent aber höchst bedenklich. Jeder fünfte
48 Haushalt in Sachsen-Anhalt ist armutsbedroht. Besonders betroffen sind hier
49 alleinerziehende Mütter und Väter. Daher ist es eine der wichtigsten Aufgaben der Politik,
50 Familien wirksam zu entlasten, sowie wirksam und verlässlich zu fördern.

51

52 Wir wollen Familienfreundlichkeit, Kinderbejahung und damit auch eine solidarische
53 Zukunftssicherung. Dazu ist die Einführung eines Familiengeldes unerlässlich. Das
54 Familiengeld ist ein zukunftsorientiertes Konzept nachhaltiger Familienförderung, das über
55 das bisherige Kindergeld und Erziehungsgeld deutlich hinausgeht. Das Familiengeld deckt
56 das Existenzminimum von Kindern ab, holt Kinder aus der Sozialhilfe, ist steuer- und

1 abgabefrei und soll unabhängig von der Erwerbstätigkeit und von der Höhe des
2 Einkommens der Eltern gezahlt werden. Zur Familie gehören aber auch Pflegebedürftige, die
3 zu Hause betreut werden. Hier fordern wir die Anerkennung der Pflegezeit, analog der
4 Elternzeit, sowie ein Rückkehrrecht an den Arbeitsplatz. Mit diesen Forderungen werden die
5 Leistungen der Familie für die Gesellschaft wirklich anerkannt, die finanziellen
6 Benachteiligungen abgebaut und auch insbesondere die Förderung junger Familie deutlich
7 verbessert werden.

8
9 Die CDA fordert, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Das heißt auch, die
10 vorhandenen Rahmenbedingungen, die unser Land Sachsen-Anhalt besitzt, zu schützen und
11 nicht weiter einzuschränken. Das Kinderförderungsgesetz, das im Februar dieses Jahres
12 verabschiedet wurde, sieht für alle Krippen- und Kindergartenkinder einen Rechtsanspruch
13 auf eine mindestens fünfstündige tägliche Betreuung in einer Kindertagesstätte vor. Gehen
14 beide Elternteile arbeiten, befinden sich in einer Ausbildung oder Umschulung, so bleibt eine
15 Ganztagsbetreuung von zehn Stunden je Betreuungstag bzw. 50 Stunden pro Woche
16 garantiert. Der Gesetzgeber hat eine gute Grundlage für die Vereinbarkeit von Familie und
17 Beruf geschaffen. Diese muss aber auch unbürokratisch umgesetzt werden. Die Kommunen
18 sind aufgefordert, ihre Verantwortung für die Umsetzung sowie für die Finanzierung im
19 Rahmen des Kinderförderungsgesetzes wahrzunehmen. Unsere Kindertageseinrichtungen
20 dürfen nicht zu Aufbewahrungsorten verkommen. Der gesetzlich festgelegte Bildungs- und
21 Qualitätsanspruch in den Kindertageseinrichtungen muss durchgesetzt werden, damit die
22 Familien auch eine echte Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen
23 Betreuungsmöglichkeiten und Trägerprofilen haben.

24
25 Familien mit Kindern müssen für die ihnen im Vergleich zu Familien ohne Kinder
26 entstehenden zusätzlichen Belastungen und vollbrachten Leistungen vom Staat und der
27 Gesellschaft einen finanziellen Ausgleich erhalten. Wer Kinder hat, soll entsprechend
28 weniger Steuern zahlen. Wir brauchen einen Familienleistungsausgleich, der die finanziellen
29 Mittel für die Familien bündelt, aufeinander abstimmt und wirksam einsetzt und die
30 Leistungen der Familienarbeit stärker als bisher anerkennt. Deshalb ist es erforderlich, dass
31 die Leistungen für die Erziehung der Kinder noch stärker als bisher im Rentenrecht
32 rentenbegründend, rentensteigernd und/oder beitragsenkend wirken.

33
34 Erfolgreiche Unternehmen brauchen junge Menschen. Damit junge Menschen in unserem
35 Land bleiben, brauchen sie Arbeit. Familien und Unternehmen brauchen sich also
36 gegenseitig. Aber wie sieht die Realität aus? Immer mehr Menschen verlassen unser Land.
37 Damit junge Menschen in unserem Lande bleiben, sind Voraussetzungen für eine
38 Berufsausbildung und nach deren Abschluss für einen Berufseinstieg zu schaffen.
39 Die Perspektive, in unserem Land zu arbeiten und zu leben, für und mit der Familie, ist das
40 wichtigste Gebot der Stunde.

41 Deshalb brauchen und fordern wir für eine familienfreundliche Arbeitswelt:

- 42 - Anreize für Berufseinsteiger in Sachsen-Anhalt
- 43 - Förderung von mittelständischen Unternehmen, die junge Menschen (Familien)
44 beschäftigen und Tariflohn zahlen,
- 45 - einen reibungslosen Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit nach der Eltern- und
46 Pflegezeit
- 47 - tarifvertragliche oder betriebsinterne Vereinbarungen für Eltern, damit der Beruf ausgeübt
48 werden kann,
- 49 - flexible Arbeitszeiten, Teilzeitarbeit

50
51 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollte ein Grundrecht darstellen. Es stellt uns jedoch
52 angesichts leerer öffentlicher Kassen vor neue gesellschafts- und sozialpolitische
53 Herausforderungen. Die Familie ist aber das kostbarste Gut der Menschheit. Sie bildet das
54 Rückgrat der Gesellschaft und deshalb hat die Familie auch Zukunft. Dringend gebraucht
55 wird ein neues Denken gegenüber Familien. Heute besteht in der Wirklichkeit eine
56 Diskrepanz zwischen der gesellschaftlichen Wertschätzung der Familie und den konkreten

1 Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat. Mit unseren Forderungen stehen wir zu einer
2 Trendwende.

5 **Bildung schafft Gerechtigkeit**

7 Die PISA-Studie hat gezeigt, dass wir in Deutschland in der Bildung von Kindern und
8 Jugendlichen großen Nachholbedarf haben. Bildung schafft Chancengerechtigkeit und muss
9 jedem Menschen nach seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten zugute kommen. Bildung ist
10 ein Bürgerrecht und ganzheitlich zu sehen. Der soziale Status der Eltern, wie Einkommen
11 und Beruf, darf nicht dazu führen, Kinder zu benachteiligen. Für Jungen und Mädchen muss
12 die Chancengerechtigkeit gewährleistet sein.

14 Schule ist ein Ort des Lernens, in der Erziehung und Vermittlung von Werten die Eltern
15 unterstützen kann. Wir müssen die Frage stärker diskutieren, was junge Menschen können
16 sollen und welche Schulinhalte ihnen vermittelt werden müssen, wenn sie heute die Schule
17 verlassen. Die Verantwortung für die Erziehung der Kinder und Jugendlichen liegt in erster
18 Linie bei den Eltern. Die Lehrer und Schulen müssen in die Lage versetzt sein, ihrem
19 Bildungsauftrag umfassend gerecht zu werden. Dieses erfordert u.a. eine moderne,
20 begabtgerechte Schulgesetzgebung, Schulgebäude in gutem baulichen Zustand, eine
21 angemessene materielle Ausstattung der Schulen mit Lehrmitteln, aber auch eine
22 ausreichende fachliche Qualifikation des Lehrpersonals.

24 Wir stehen heute vor der zentralen Frage, wie angesichts der Umbrüche in der
25 Arbeitsgesellschaft tragfähige Kompetenzen für die Zukunft entwickelt und weitergegeben
26 werden können. Neue Konzepte und intensives Lernen müssen in den Schulen gefördert
27 werden. Die von der christlich-liberalen Landesregierung wieder eingeführten so genannten
28 „Kopfnoten“ bilden eine gute Grundlage bei der Vermittlung von sozialen Kernkompetenzen.

30 Die berufliche Ausbildung ist stärker als bisher an den Lebenslauf und die Lebenssituation
31 der Jugendlichen sowie deren geschlechtsspezifische Sozialisation anzupassen.
32 Ganzheitliche Bildung bedeutet lebenslanges Lernen. Auch wer nicht mehr im Erwerbsleben
33 steht, darf von Bildung nicht ausgeschlossen werden, denn das Leben endet nicht mit dem
34 Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit. Auf keinen Fall darf die Familienbildung vernachlässigt
35 werden. Die Familie ist Schnittstelle für Berufswahl und den Erwerb von
36 Schlüsselqualifikationen sowie eine sinn- und wertgebende Lebensgemeinschaft.
37 Familienbildung ist dringender denn je.

39 **Die Solidarische Krankenversicherung zukunftsfähig gestalten**

41 Massenarbeitslosigkeit und demographische Entwicklung, medizinischer Fortschritt sowie
42 eine Angebots- und Mengenausweitung haben zu Kostensteigerungen und
43 Beitragserhöhungen in den gesetzlichen aber auch den privaten Krankenversicherungen
44 geführt. Einzelne Maßnahmen zur Kostenminimierung und Einnahmeverbesserung können
45 eine notwendige Gesundheitsreform nicht ersetzen. Einnahmedefizite der gesetzlichen
46 Krankenversicherungen resultieren insbesondere aus dem verringerten Beitragsaufkommen
47 infolge der anhaltenden hohen Arbeitslosigkeit. Die ungünstige demographische Entwicklung
48 in Deutschland wird diesen Trend zukünftig noch verschärfen.

50 Eine dauerhafte Verbesserung der Einnahmesituation muss daher mehrere Schritte
51 umfassen. Vorrangig muss die Förderung des Wirtschaftswachstums und die damit
52 verbundene Schaffung von Arbeitsplätzen angestrebt werden. Weder die Einnahmedefizite
53 noch die Ausgabensteigerung der gesetzlichen Krankenversicherungen rechtfertigen eine
54 Abkehr vom Prinzip der paritätischen Umlagefinanzierung. Aber auch hier gibt es
55 verschiedene Modelle, die vorurteilsfrei zu prüfen sind. Ob Einnahmesicherung und
56 Umsetzung des solidarischen Lastenausgleichs über ein Kopfrämienmodell mit

1 steuerfinanziertem Ausgleich für Geringverdiener oder alternativ über
2 einkommensabhängige Prämien besser zu erreichen sind, bedarf einer weiteren Diskussion
3 und der Vorlage von Modellrechnungen. Die CDA spricht sich auf alle Fälle dafür aus, die
4 Einführung einer allgemeinen Krankenversicherungspflicht für alle Einwohner
5 (Bürgerversicherung) zu prüfen. Diese Bürgerversicherung soll neben allen Arbeitern und
6 Angestellten auch Beamte, Selbständige und Abgeordnete mit einbeziehen.

7
8 Die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung müssen neu definiert werden, um den
9 Versicherten wieder Vertrauen in die dauerhafte Leistungsfähigkeit ihrer Versicherung zu
10 geben, aber auch, um sich in der persönlichen Lebensplanung auf einen zumutbaren
11 Eigenanteil an Krankheitskosten einzurichten. Die CDA fordert deshalb umgehend die
12 Erarbeitung und Verabschiedung eines umfassenden Konzeptes zur Gesundheitsreform, das
13 die persönliche Verantwortung gegenüber der Solidargemeinschaft der Versicherten und
14 eine aktive Gesundheitsfürsorge beinhaltet. Der zwischen fünf Parteien im Bundestag
15 gefundene (unbefriedigende) Kompromiss kann nur ein erster Schritt auf diesem Weg sein.
16 Die CDA wird sich allen Versuchen entgegenstellen, eine Zweiklassenmedizin zu etablieren.
17 Es darf nicht heißen reich und gesund, oder arm und krank. Benachteiligten muss der
18 Zugang zu allen für sie wichtigen Untersuchungen und Medikamenten finanziell ermöglicht
19 werden. Die vom Grundgesetz geschützte Idee der Solidargemeinschaft muss im
20 Gesundheitswesen lebendig bleiben.